SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

KulturPpolitik im Wandel: Hauptstadtsymbolik in Wien und Berlin

Frantz, Monika de

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Frantz, M. d. (2006). KulturPolitik im Wandel: Hauptstadtsymbolik in Wien und Berlin. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, *35*(3), 237-253. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-64110

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Monika De Frantz (London/Florenz)

KulturPolitik im Wandel: Hauptstadtsymbolik in Wien und Berlin[1]

Angesichts zunehmenden Standortwettbewerbs bedient sich die Stadtpolitik kultureller Großprojekte als symbolische Strategien zur wirtschaftlichen Entwicklung und WählerInnenmobilisierung. Aber diese multiple Symbolik trägt nicht immer erfolgreich zur Bündelung gegensätzlicher Interessen in einer gemeinsamen Wachstumsstrategie bei. Die Mobilisierung tiefgreifender Identifikationen mit Stadtkultur kann auch unterschwellige sozio-kulturelle Konflikte berühren, verstärken, und politisch eskalieren. Die lange Entscheidungsfindung über den Bau des Museumsquartiers in Wien und den gegenwärtigen Abriss des Palasts der Republik auf dem Schlossplatz in Berlin sind Beispiele für solche kulturpolitische Kontroversen. Anstatt der geplanten Neudefinition eines kohärenten städtischen Leitbilds wurde Haupstadtkultur zur politischen Arena symbolischer Konflikte über Globalisierung und nationale Identität. Die spezifischen institutionellen Rahmenbedingungen in Wien und Berlin bedingten jeweils unterschiedliche kulturpolitische Reaktionen auf diese Herausforderungen einer pluralen Gesellschaft. Beide Kulturprojekte stellen gegensätzliche Beispiele eines selbstreflexiven Institutionenwandels ‚von unten' dar. Kulturpolitik ist nicht mehr nur ein Politikfeld obrigkeitsstaatlicher Machtausübung oder ein Produkt wirtschaftlicher Globalisierung, sondern – im Sinne des angloamerikanischen Begriffs ‚cultural politics' – ein plurales Interaktionsfeld gesellschaftlicher Interessen und Identitäten. In der Pluralisierung der Hauptstadtsymbolik spiegelt sich nicht nur der Wandel der staatlichen Kulturpolitik, sondern auch die Öffnung des Begriffes Politik an sich und seiner Institutionalisierung im Staat für neue politische Handlungsmöglichkeiten und Räume politischer Öffentlichkeit.

Keywords: Kulturpolitik, Stadt, Hauptstadt, Großprojekte, Institutionen, Öffentlichkeit, Wien, Berlin
Culture, capital city, urban regeneration, institutions, collective action, public space, Vienna, Berlin

1. Einleitung: Hauptstadtkultur im Wandel

Globalisierung bzw. die politischen Reaktionen auf Globalisierung verändern sowohl Städte als auch Staaten, und daher auch Hauptstädte. Wie andere Städte sind auch Hauptstädte wachsendem Standortwettbewerb um private Investitionen, öffentliche Budgetmittel und Arbeitsplätze ausgesetzt. Doch sind Hauptstädte nicht nur wirtschaftliche Agglomerationen, sondern auch kulturelle und politische Zentren von Staaten, deren historisches Erbe sich auf unterschiedliche Weise in ihren Stadtbildern wiederspiegelt (Claval 2000; Dijkink 2000; Van der Wusten 2000; Wagenaar 2000; Therborn 2002). Gegenwärtig sind Hauptstädte von verschiedenen, teilweise gegensätzlichen Herausforderungen geprägt, von staatlichem Wandel, europäischer Integration, Standortwettbewerb und Globalisierungsprozessen. Diese symbolische und funktionale Zentralität stellt die Stadtpolitik vor komplexe Herausforderungen, die nicht auf rein funktionalistische Folgen des äußeren Strukturwandels reduzierbar sind. Auch wenn etwa Standortwettbewerb zunehmend den politischen Handlungsspielraum einzuschränken scheint, so ist städtische Kulturpolitik trotzdem von spezifischen lokalen Institutionen, unterschiedlichen Interessen und Identifikationen im städtischen Kontext geprägt. In den Zentren des zusammenwachsenden Europa sind hauptstädtische Institutionen Fokus komplexer politischer

Interaktionen zwischen diversen funktionalen Veränderungstendenzen von außen und kulturellen Pluralisierungsprozessen von innen.

Vor diesem Hintergrund zeigen die öffentlichen Kontroversen über das Wiener Museumsquartier und den Palast der Republik auf dem Schlossplatz in Berlin jeweils die schwierigen politischen Bemühungen um ein gemeinsames kulturelles Leitbild des gegenwärtigen urbanen Wandels (De Frantz 2004a; 2004b; 2005; 2006). Die weltberühmten Bilder dieser Hauptstädte schienen den StadtpolitikerInnen einfache Ansatzpunkte zu liefern, um Kultur- und Standortpolitik markt- und wählerInnengerecht zu kombinieren. Entsprechend dem internationalen Trend zur wettbewerbsorientierten Stadtentwicklung durch Großprojekte (Cattacin 1994) sollte Stadtkultur der symbolischen Neudefinition der Stadt als politisch-ökonomischer Akteurin dienen. Kulturpolitik erfüllte nicht etwa ‚nur' die emanzipatorische Zielsetzung der gesellschaftlichen Reflexion oder die machtpolitische Idee der Legitimierung staatlicher Institutionen und deren sozialer Trägereliten durch Hochkultur. Sondern das wachsende Interesse an autonomer Standortpolitik, gepaart mit der Ermangelung von Ressourcen zu deren Umsetzung, macht Kulturpolitik auch zu einem zentralen Element städtischer Wirtschaftspolitik (Keating 1988; Philo/Kearns 1993; Hubbard 1996; Gomez 1998). Entsprechend eines ‚unternehmerischen' oder ‚zukunftsorientierten' Leitbilds bedient sich die merkantilistische Stadtpolitik kultureller Symbolik, um Identifikationen mit der Stadt zu kanalisieren und zu stärken, um politische Unterstützung zwischen den Wahlen zu mobilisieren, und gleichzeitig ein attraktives Bild für potentielle Investoren zu präsentieren. Doch diese politisch-ökonomischen Manipulationsversuche greifen auch in tief verwurzelte Identitäten ein und können dadurch unterschwellige gesellschaftliche Konflikte an die Öffentlichkeit bringen (Keating/De Frantz 2004). Im Fall der Hauptstädte Wien und Berlin geht es dabei auch um die Neudefinition eines schwierigen nationalen Erbes, das durch kulturelle Großprojekte neudefiniert werden sollte. Ursprünglich als reine Stadtentwicklungsprojekte geplant, wurden beide Kulturprojekte zum Austragungsort nationaler Ideologien und Globalisierungskontroversen, wodurch Hauptstadtkultur über die lokalen bzw. staatlichen Grenzen hinaus politisiert wurde.

Der im Vergleich zu den staatlichen Institutionen oder kleineren Städte relativ pluralistische und nach außen hin offene Kontext der Hauptstädte ermöglicht es, die symbolischen Aspekte von Kulturpolitik gegenüber ihren politisch-ökonomischen Funktionen zu beleuchten. Je nachdem, wie politische EntscheidungsträgerInnen die unterschiedlichen Interessen vermitteln und möglicherweise zu gemeinsamen Strategien koordinieren können, bleiben Hauptstädte trotz Globalisierung weiterhin kulturelle und politische Zentren. Andererseits könnten diese Globalisierungskontroversen auch Konflikte und Fragmentierung verstärken und so Hauptstädte zu Symbolen des staatlichen Rückzugs und der Zerstörung von Politik, Öffentlichkeit und Stadtkultur degradieren. Der folgende theoretische Überblick über die Debatten der Urban Political Economy, des neuen Institutionalismus und der reflexiven Moderne ermöglicht, die Frage nach der Rolle von Kulturpolitik im institutionellen Wandel anhand der zwei Fallstudien empirisch zu untersuchen. Nicht nur die Tatsache, dass der Palast der Republik gerade zur Zeit dieses Schreibens (2006) unter starkem Protest der Berliner Öffentlichkeit abgerissen wird, während das Wiener Museumsquartier bereits seit 2001 erfolgreich in Betrieb ist, trägt zu einer kontrastreichen Fallstudie bei; denn die für gegenwärtige Großstädte typischen sozialen und kulturellen Kontraste prägen jeweils beide institutionellen Kontexte in Reflexion komplexer politischer Transformationsprozesse.

2. Theoretische Reflexionen: Kulturpolitik, Institutionen und Standortwettbewerb

Im Zuge der kulturellen Wende der Sozialwissenschaften erstarkt kürzlich auch das Interesse der Politikwissenschaft an der Kulturpolitik. Im Gegensatz etwa zur Kultursoziologie konzentriert sich das politikwissenschaftliche In-

teresse auf die kollektiven Aspekte der Beziehung zwischen Kultur und Macht. In diesem Sinne bezeichnet Kulturpolitik nicht nur ein staatliches Politikfeld, sondern entsprechend des angloamerikanischen Begriffs von ‚Cultural Politics' auch Identitätspolitik. Kulturpolitik ist nicht nur staatliche Regulierung von Kulturproduktion und Verteilung von Kunstförderung, sondern umgekehrt auch eine Politik ‚von unten', die kulturelle Symbole und Anerkennung als machtpolitische Mittel und Ziele neuer sozialer Bewegungen begreift. Die Erkenntnis, dass ‚jedeR Kultur hat', eröffnet eine plurale und daher potentiell demokratische Ressource, die anscheinend allen mehr oder weniger unabhängig von ökonomischen oder politischen Strukturen zur Verfügung steht. Im Kontext gesellschaftlicher Pluralisierung wird aus einem staatlich institutionalisierten Politikfeld also ein reflexiver Prozess kulturell motivierter politischer Interaktion, der auch institutionelles Veränderungspotential in sich birgt. Anstatt des oft residual verwendeten Erklärungsobjekts ‚politische Kultur' (Putnam 1993) stehen damit der Politikbegriff an sich und seine kulturelle Konstruktion im sozialen Kontext (Giddens 1984; Wagner 1994; Delanty 1999) im Fokus der politikwissenschaftlichen Selbstreflexion. Jenseits theoretischer Postulate sollte eine kulturpolitische Analyse dabei die Frage im Auge behalten, ob und wann Kultur wirklich ein eigener Faktor politischen Wandels sein kann. Anders formuliert: bringt die Kulturdebatte wirklich einen bisher unberücksichtigten *empirischen* Aspekt in die politikwissenschaftliche Analyse ein?

Die in der Stadtsoziologie seit etwa Mitte der achtziger Jahre entbrannte Urban Political Economy Debatte erläutert die Globalisierung lokaler Machtstrukturen (Peterson 1981; Logan/Molotch 1987; Castells 1989; Sassen 1991; Stone 1993) und – davon abgeleitet – die veränderten Funktionen von Stadtkultur. Meist überwiegen kulturpessimistische Szenarien eines wirtschaftlich determinierten und konsumgeprägten Strukturwandels, der exemplarisch anhand verschiedener, angeblich globaler Phänomene der Stadtkultur entworfen wird. Suburbanisierungsprozesse werden mit dem Sterben der Stadtzentren als räumliche Sozialisationspunkte und symbolisch-kulturelle Identifikationsorte assoziiert. Gentrifizierung bezeichnet die symbolische Funktion von Kulturschaffenden im sozialen Prozess der Vertreibung ökonomisch schlechter gestellter Gesellschaftsschichten durch die Ansiedlung bürgerlicher Mittelschichten und die Zerstörung ihrer subkulturellen Milieus durch die Vermarktung ebendieser spezifisch urbanen Kultur. Damit einhergehend bedient sich symbolische Kulturpolitik nicht nur der Vermarktung von Stadtkultur als Standortfaktor, sondern auch der Inszenierung neuer marktgerechter Images. Die Privatisierung des öffentlichen Raums, zum Beispiel durch Einkaufszentren oder Straßencafés, verbindet den Zugang zu zentralen Plätzen mit Kommerzialisierung und Konsum und schließt weniger finanzkräftige Schichten aus. Weiters resultiert die sozial-räumliche Segregation von Stadtvierteln nach wirtschaftlichen Funktionen und sozialen Einkommensschichten in der kulturellen Fragmentierung der städtischen Gesellschaft. Der Druck des globalen Wirtschaftswettbewerbs determiniert alle anderen politischen, sozialen und kulturellen Zielsetzungen und reduziert Kulturpolitik auf ein Instrument der Standortpolitik. Die Globalisierung der Weltwirtschaft führt zum Zerfall der Stadt als gesellschaftlichem Zentrum, wo Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammentreffen, neue kulturelle Bedeutungen erschaffen und dadurch Gemeinsamkeit erfahren (Davis 1990; Crane 1992; Philo/Kearns 1993; Zukin 1995).

All diese Beobachtungen zusammengenommen scheinen also ein relativ in sich geschlossenes Modell urbanen Wandels zu konstituieren, das Globalisierung als mehr oder weniger unabwendbare Wende zur sogenannten ‚neoliberalen' Wirtschaftspolitik postuliert. Hinterfragt man aber die institutionellen und politischen Hintergründe der Veränderungen, so kommen sehr unterschiedliche theoretische Modelle zutage. Entgegen postmoderner Annahmen völliger Nivellierung räumlicher Unterschiede bis zur kulturellen Beliebigkeit postulieren postmarxistische Globalisierungsmodelle die Erhaltung zentralräumlicher Strukturen durch wirtschaftliche Agglomerationsprozesse (Harvey

1985). Obwohl Städte als funktionale Machtzentren erhalten bleiben, bedroht die Einbindung in globale Kapitalflüsse den Bestand lokaler Kultur- und Politikinstitutionen (Castells 1989; Sassen 1991). Andererseits kann wirtschaftlicher Standortwettbewerb auch zur Stärkung lokaler Identifikationen und politisch-ökonomischer Autonomie führen. Stadtpolitik basiert dabei auf sehr unterschiedlichen Interessenskonstellationen: auf einer am öffentlichen Gemeinwohl orientierten wirtschaftspolitischen Standortentwicklung – dem Public-Choice Modell (Peterson 1981; Porter 2001); auf der symbolischen Manipulation eines angeblichen kulturellen Konsenses zum alleinigen Vorteil einer von lokalen Eliten getragenen Wachstumspolitik – dem Growth-Machine Modell (Logan/Molotch 1987); auf einem Kompromiss bzw. Tauschhandel pluraler Gruppierungen mit teilweise gemeinsamen Interessen innerhalb mehr oder weniger stabiler städtischer Koalitionen – dem Regime-Modell (Stone 1993); oder aufgrund verschieden ausgeprägter, pfadabhängiger Institutionen staatlicher oder städtischer Kulturförderung – dem Europäischen Stadt Modell (Keating 1991; Bianchini 1993; Gomez 1998; Le Galés 2002).

Während Kultur als Standortfaktor durchaus auch Einfluss auf wirtschaftspolitische Interessenlagen haben kann, wird Stadtkultur meist als Produkt dieser politisch-ökonomischen Strukturen analysiert. Erst der institutionelle Fokus der europäischen Stadtforschung führt zur impliziten Annahme, dass Normen und Werte auch auf der Input-Seite politischer Entscheidungen ausschlaggebend sein können (Keating 1991; Bianchini 1993; Gomez 1998; Le Galés 1999, 2002). Kulturpolitik hat daher entweder die Funktion machtpolitischer Legitimierung und Anpassung an veränderte externe Interessenlagen, oder die eines strengen Wertekorsetts, das Politik und Gesellschaft ohne Abweichungen entlang gewohnter institutioneller Bahnen lenkt. Diese kulturpolitische Integrationsfunktion wirkt entweder innovativ oder konservierend, berücksichtigt jedoch selten die Pluralisierung der gegenwärtigen Stadtgesellschaften. Nur die Regimetheorie (Stone 1993) erlaubt eine pluralistische Konzeption von Stadtpolitik, doch besteht Kultur dort nur abseits von rationaler Interessenpolitik als hyperpluralistische Fragmentierungstendenz (Judge 1995). Verbindet man die pluralistische Regimekonzeption mit der kulturellen Wende in den politisch-ökonomischen Ansätzen, so stellt sich die Frage, wie städtische Kulturpolitik die vielfältigen Ansprüche einer pluralistischen Gesellschaft und die oft gegensätzlichen politischen und ökonomischen Einflussfaktoren in die Institutionen integriert bzw. diese verändert.

Die europäische Regionalisierungsdebatte bezieht sich genau auf diese Frage, ob subnationale Politik auf rein funktionale Effekte der EU Multi-Level Governance reduziert werden (Marks/Hooghe/Blank 1996) oder auch relativ autonomen Institutionencharakter erlangen kann (Keating 1998). Der neue Institutionalismus (Peters 1998; 1999) umfasst dabei nicht nur staatliche Strukturen, sondern vor allem auch weniger formalisierte Institutionen wie sie etwa in den Public-Private Partnerships lokaler Interessenkoalitionen vorkommen. Als ‚Sets of Rules' basieren Institutionen nicht nur auf rationalen Interessenvereinbarungen, sondern auch auf kulturellen Werten und Verhaltensnormen. Erst durch die kulturelle Absicherung der Legitimität politischer Macht und der Verbindlichkeit vorgegebener Pfadstrukturen erlangen politisch-ökonomische Machtkonstellationen langfristig Beständigkeit. Der Gegensatz zwischen rationalen Handlungsansätzen und historisch-normativen Institutionen eröffnet ein weites Forschungsfeld darüber, wie veränderte Interessenskonstellationen mit etablierten institutionellen Strukturen interagieren, diese verändern oder stabilisieren. Während historisch-institutionelle Ansätze Kultur lediglich als konservierende Struktur auf der Input-Seite politischer Prozesse sehen, würde eine handlungszentrierte Perspektive die Repräsentationsfunktion von Kultur als Ergebnis machtpolitischer Manipulation betonen. Historischer und rationaler Institutionalismus brauchen einander also, um zu erklären, wie sich lokale Politik aus den staatlichen Strukturen herauslöst und eigene institutionelle Dynamiken entwickelt. Beide unterscheidet aber ein Kulturkonzept, das einerseits rigide, pfadabhängig,

andererseits flexibel interpretier- und manipulierbar ist.

Wie die funktionalistisch bzw. postmarxistisch geprägte Stadtdebatte hat auch der neue Institutionalismus keinen Platz für Kultur im Sinn von kreativer Vielfalt als Antriebskraft institutionellen Wandels jenseits rationaler Interessenpolitik. Denn nicht nur wird Kultur im Kontext politisch-ökonomischer Interessenslagen ständig neu interpretiert, auch die historischen Identifikationen mit kulturellem Erbe sind an sich schon vielfältig und konfliktgeladen (Imrie/Pinch/Boyle 1996; Graham 2002). Erst durch die neuen sozialen Bewegungen (Melucci 1989; Tarrow 1998; Eder 2003) wird die Forderung nach kultureller Anerkennung zum Motiv kollektiven Handelns gegen etablierte institutionelle Normen. Die Fähigkeit zur Selbstreflexion ermöglicht institutionelle Selbsttransformation, wobei Kultur als symbolische Vermittlungsebene zwischen Struktur und Handlung eine eigene, ergebnisoffene Dynamik entwickeln kann (Giddens 1984; Delanty 1999). Besonders zentrale Orte wie Stadtzentren und Repräsentationsarchitektur erlangen wichtiges symbolisches Potential für die kommunikative Interaktion und Selbstreflexion einer pluralen Öffentlichkeit (Beck 1995; Delanty 2000; Delanty/Jones 2002). Die Urban Political Economy subsumiert diese Identitätspolitik ‚von unten' meist als strukturelle Folge kapitalismusimmanenter Gegensätze und urbane Bewegungen als symbolischen Ausdruck der Ausgrenzung sozial Benachteiligter (Castells 1983; Harvey 1992; Sassen 1991, 1994). Wo Kultur theoretisch zwar als Ressource politischer Interaktion im öffentlichen Raum anerkannt wird, scheitert dies empirisch an der paradigmatisch postulierten strukturellen Dominanz von Wirtschaftsinteressen (Zukin 1995).

Gerade im zunehmend pluralen Kontext der gegenwärtigen Städte kann Zentralität aber nicht auf ökonomische Funktionen im globalen Markt reduziert werden. Auch politische Interessen sind weder auf zentralstaatliche Implementierungsfunktionen noch auf lokale Pfadabhängigkeit oder einen lokal-zentralen oder lokal-globalen Konflikt beschränkt. Andererseits kann auch die theoretisch postulierte Symbolik von Stadtkultur nicht losgelöst von diesem sich wandelnden, strukturellen Kontext analysiert werden. Anstatt Stadtkultur also essentielle Charakteristiken oder politisch-ökonomische Funktionen zuzuschreiben, soll hier die Frage nach den elitären oder pluralistischen Strukturen lokaler Demokratie (Hunter 1953; Dahl 1961; 1971; Harding 1996) noch einmal für die Kulturpolitik im Kontext der Globalisierung gestellt werden. Hauptstädte bieten ein besonders geeignetes Untersuchungsfeld, um das politische Potential symbolischer Zentralität im Kontext einer zunehmend pluralen Gesellschaft und inkohärenten Institutionenstruktur zu untersuchen.

3. Vergleichsstudie: Institutioneller Wandel und Hauptstadtkultur in Wien und Berlin

Anhand der langjährigen politischen Kontroversen um zwei kulturelle Großprojekte an zentralen symbolischen Orten in Wien und Berlin wird im Folgenden die Vielfalt politischer Strategien des Strukturwandels in Hauptstädten erläutert. Die Eröffnung des Wiener Museumsquartiers im Jahr 2001 und der derzeit (2006) durchgeführte Abriss des Palasts der Republik auf dem Berliner Schlossplatz bieten höchst kontrastreiche Beispiele städtischer Kulturpolitik. Ihre Gegensätzlichkeit bezieht sich nicht nur auf die verschiedenen Identitätsstrukturen und darauf basierenden Leitbildern der Städte, sondern auch auf den unterschiedlichen Erfolg ihrer politischen Umsetzung. Zusätzlich zu diesen strukturellen Unterschieden ergibt sich die Vielfalt kulturpolitischer Handlungsoptionen auch aus der komplexen Dynamik jeder der beiden öffentlichen Kontroversen über Hauptstadtkultur.

Als Wiens ehrgeizigstes Kulturprojekt der letzten Jahrzehnte umfasst das Museumsquartier eine Vielfalt an kulturellen Angeboten in einem Stadtteil, der an das historische Zentrum der Stadt anschließt. Die architektonische Neugestaltung und kulturelle Nutzung des baulich verfallenden Areals der barocken, ehemaligen kaiserlichen Hofstallungen, die seit den 1920er

Jahren als Messepalast genutzt wurden, wurde erstmals im Jahr 1977 im Nationalrat diskutiert. 1980 wurde die Projektentwicklungsgesellschaft unter rein öffentlicher Anteilseignerschaft des Bundes zu 75 Prozent und der Stadt Wien zu 25 Prozent gegründet. Als das Projekt Ende der 1980er Jahre schon fast an politischen Kompetenzstreitigkeiten zu scheitern schien, initiierte der zuständige Bundesminister einen Architekturwettbewerb, der 1990 zugunsten des Projektes ‚Museumsquartier' von Ortner & Ortner entschieden wurde. Nachdem der Nationalrat dem Projekt gleich zugestimmt hatte, fehlte nur noch der Flächenwidmungsplan und die Baugenehmigung der Stadt Wien. Doch was normalerweise Routineangelegenheiten der Stadtpolitik waren, wurde von heftigen öffentlichen Protesten gegen die Zerstörung des historischen Stadtbilds vorübergehend gestoppt. Die von einigen bekannten ExpertInnen initiierte BürgerInneninitiative gewann mit der Unterstützung der rechts-populistischen Wiener Oppositionspartei der Freiheitlichen (FPÖ), der *Kronenzeitung* (einer Boulevardzeitung mit bis zu 60 Prozent LeserInnenanteil in Österreich) und des Welterbekomittees der UNESCO bedeutende politische Mobilisierungskraft. Auf der anderen Seite äußerten sich Teile der Wiener Grünen und der regierenden Sozialdemokratischen Partei (SPÖ) sowie KünstlerInnen, ArchitektInnen und liberale MedienvertreterInnen in ähnlich emotionaler Weise zur Verteidigung des Projekts. Während die Architektur den Ausschlag für die BürgerInnenproteste gab, war die Debatte über ästhetische Symbolik von Beginn an vermengt mit Fragen der Nutzung und der Stadtentwicklung. Kurz wurde auch ein Public-Private Partnership mit der Guggenheim Foundation an einem dezentralen Ort in Wien überlegt, was jedoch an mangelnder Übereinstimmung öffentlicher und privater Interessen scheiterte. Erst die Zwischennutzung durch lokale Kunstinitiativen ermöglichte eine kritische Thematisierung des Kulturkonzepts und infolgedessen auch die Definition einer kulturellen Identität des Ortes. Die Reaktion des Wiener Bürgermeisters und der Stadtregierung auf diese plötzliche Politisierung der Hauptstadtkultur war unentschieden und lief auf eine Verzögerung und Verschiebung der politischen Entscheidung an den Bund hinaus. Aufgrund einer Reihe von Modifikationen und Reduktionen des Architekturmodells und des Nutzungskonzeptes wurde der Plan schließlich 1996 von einer ExpertInnenkommission des Bundesdenkmalamtes bewilligt und das Museumsquartier Wien konnte nach mehr als zwei Dekaden der Planung im Juni 2001 eröffnet werden. Der Kulturbau beherbergt jetzt unter anderem ein Museum für österreichische moderne Kunst, eine Sammlung österreichischer moderner Kunst der vorletzten Jahrhundertwende, eine Ausstellungshalle für wechselnde Themen der Gegenwartskunst, ein Zentrum für zeitgenössischen Tanz, ein Museum für Kinder, eines für Theater, zwei Veranstaltungshallen, Ateliers für internationale und lokale KünstlerInnen, die Büros einiger kleinerer Kulturinitiativen, sowie Cafés, Restaurants und Kunstbuchläden. Innerhalb der Wiener Tourismusmarketingstrategie erfüllt das Museumsquartier die Funktion, das traditionsreiche Image der Habsburg- und Musikstadt zu diversifizieren und damit neuere, jüngere Publikumsschichten anzusprechen (De Frantz 2005).

Auf dem Berliner Schlossplatz, einem der umstrittensten symbolischen Orte der Berliner Wiedervereinigung, wird derzeit (2006) der Palast der Republik unter großem öffentlichen Protest abgerissen. Im Rahmen der Rekonstruktion des Ostberliner Stadtzentrums hatte die DDR nach dem zweiten Weltkrieg anstelle des halb zerstörten Stadtschlosses der Preußischen Hohenzollern-Könige einen Paradeplatz angelegt und im Jahre 1973 den Palast der Republik erbaut. Das Gebäude beherbergte die Volkskammer, das eigentlich machtlose Parlament der DDR, und wurde für kurze Zeit nach der Wende 1990 von der provisorischen parlamentarischen Versammlung Ostdeutschlands benutzt. Zusätzlich ausgestattet mit Diskothek, Kegelbahn, Theater- und Konzertsaal, Restaurant, Bar und Cafés, war der Palast aber vor allem offizielles Kultur- und Vergnügungszentrum und wurde daher für viele ostdeutsche BürgerInnen zum symbolischen Ort persönlicher Erinnerungen an die Alltagskultur der DDR. Aufgrund der Asbestverseuchung des Gebäudes veranlass-

te der Christ-Demokratisch (CDU) regierte Berliner Senat 1990 die Schließung des Gebäudes, woraufhin die Proteste einiger entlassener Palastangestellter eine Welle politischer Emotionalisierung verursachten. Die bis heute andauernde öffentliche Kontroverse entbrannte an den Fragen des Abrisses, Umbaus, oder der Restaurierung des Palastes, des teilweisen Wiederaufbaus des ehemaligen Stadtschlosses, der Errichtung eines Neubaus oder einer Parkanlage. Die öffentliche Debatte konzentrierte sich dabei meist auf die Symbolik der Architektur und des Ortes an der Grenze zwischen Ost- und Westberlin und wendete sich erst ab 1994 durch die Einsetzung einer ExpertInnenkommission den Fragen der Finanzierung und des Nutzungskonzepts zu. Erst 2004, zu einem Zeitpunkt als die radikale Entleerung der Innenausstattung durch die Asbestsanierung eigentlich schon lange die baulichen Tatsachen für den Abriss geschaffen hatte, löste ein Generationswechsel im Lager der PalastgegnerInnen die sentimentale Erinnerungskultur durch breite populär-experimentelle Initiativen für eine künstlerische Zwischennutzung ab. Trotzdem ist die 2001 vom Bundestag angenommene Empfehlung der ExpertInnenkommission aufrecht: An der Stelle des Palastes soll ein Neubau mit der Form und Fassade des Stadtschlosses errichtet und darin einige denkmalgeschützte Teile des Palastes integriert werden. Nicht nur war der Bundestagsbeschluss unter Aufhebung des Fraktionszwangs erfolgt, sondern auch der seit 2000 regierende Berliner Oberbürgermeister und die zuständigen SenatorInnen der Sozialdemokratischen Partei (SPD) und der postkommunistischen PDS sowie ihre christdemokratischen VorgängerInnen, hatten diesbezüglich wiederholt die Fronten gewechselt. Aufgrund eines erneuten Bundestagsbeschlusses von 2003 veranlasste der zuständige Bundesminister trotz breiter öffentlicher Demonstrationen im Herbst 2005 den Abriss des Palasts der Republik. Allerdings lassen das weitgehende Fehlen budgetärer Zusagen des Bundes und die langjährige Finanzkrise des Landes die Zukunft des Schlossplatzes weiterhin ungewiss. Anstatt kultureller Nutzung oder symbolischer Architektur wird noch lange eine provisorische Parkanlage die Abrissbrache im Zentrum der Hauptstadt markieren (De Frantz 2004a; 2004b).

Wien und Berlin stellen den Rahmen einer Vergleichsstudie zweier Projekte symbolischer Kulturpolitik dar, die nicht nur in ähnlichem kulturellen Umfeld angesiedelt sind, sondern auch einige institutionelle Funktionen als Hauptstadt gemeinsam haben. Beider Städte rechtlicher Doppelstatus als Länder und autonome Gemeinden ist de facto etwas geschwächt durch ihre finanzielle und politische Einbindung in die föderalen Staatssysteme von Österreich und Deutschland. Beide tragen die Spuren eines schwierigen, teilweise miteinander verflochtenen, nationalen Erbes in Stadtbild und kollektivem Gedächtnis. Seit ihrem historischen Ursprung als Zentren zweier wichtiger europäischer Reiche, nämlich des Habsburgischen und des Preußischen Kaisertums, bis zu ihrem Niedergang während des Ersten Weltkriegs, des nationalsozialistischen Regimes und des Zweiten Weltkriegs, bestand zwischen den beiden Hauptstädten stets reger kultureller Austausch und Wettbewerb. Heute sind sie auch Orte eines gemeinsamen europäischen Erbes, das sowohl große kulturelle Errungenschaften als auch nationalistische Aggressionen und Kriege einschließt.

Abgesehen von diesen groben Parallelen eröffnet ein erster vergleichender Ausblick auf Wien und Berlin auch sofort die Gegensätzlichkeit der Stadtbilder der sozialräumlichen Strukturen und kulturellen Identitäten. Wien blickt zurück auf eine sehr viel ältere Geschichte im Zentrum des habsburgischen Kaiserreichs, durch dessen Zerfall es zur übergroßen Hauptstadt eines Kleinstaates degradiert wurde. Während Wien durch den Kalten Krieg an seiner wirtschaftlichen Randposition an der Grenze zum Eisernen Vorhang litt, war dies keineswegs vergleichbar mit der Situation des durch die Mauer gespaltenen Berlin. Im Gegensatz zu Berlins räumlicher und sozioökonomischer Fragmentierung wurden Wiens tiefe Klassenkonflikte durch den für die österreichische Nachkriegsordnung typischen Konsens der Parteieliten und sozialpartnerschaftlichen Korporatismus befriedet. Kulturpolitik, in Österreich von jeher ein wichtiges Legitimationsinstrument, wird von der Wiener SP-Regierung

seit den 1930er Jahren als gesellschaftspolitisches Bildungsinstrument eingesetzt und in letzter Zeit immer mehr durch Großevents ergänzt und verdrängt. Im Gegensatz zur betonten Harmonie des sozialen Zusammenlebens, des Stadtbilds und der politischen Institutionen in Wien reflektiert Berlins fragmentierte, polyzentrische Stadtlandschaft seine wechselhafte Geschichte und die rapiden Veränderungen der Gegenwart. Aufgrund seiner Teilung, Wiedervereinigung und Wiedererlangung des Hauptstadtstatus ist seine soziale und politische Situation besonders konfliktgeladen. Noch dazu wirkt sich die erst kürzlich vollzogene Wende durch wirtschaftliche Strukturschwächen, eine akute Finanzkrise des Stadthaushalts und wenig leistungsstarke Regierungs- und Verwaltungsstrukturen negativ auf die institutionelle Infrastruktur Berlins aus.

Durch die politischen Veränderungen im Osten Europas rücken beide Hauptstädte seit Anfang der 1990er Jahre zunehmend aus ihrer Grenzlage des Kalten Kriegs in die Mitte des zusammenwachsenden Europa. Äußere Veränderungen wie Standortwettbewerb und EU-Integration gehen Hand in Hand mit verschiedenen Wandelerscheinungen, die beide Staaten von innen verändern. Die deutsche Wiedervereinigung verstärkte unter anderem die Konkurrenz zwischen den Ländern, bewirkte eine Zentralisierungstendenz der verfassungsgemäß rein regionalen Kulturpolitik, eine aktivere Außenpolitik der Bundesrepublik und nicht zuletzt auch eine tiefe Krise der deutschen Wirtschaft und des wohlfahrtsstaatlichen Systems. Auch Österreich erlebte tiefe Umwälzungen, wie etwa die Pluralisierung des Parteiensystems Mitte der 1980er Jahre, die Reorientierung der Außenpolitik von kleinstaatlicher Neutralität hin zum EU-Beitritt 1995, eine ungelöste Neuordnung der föderalen Kompetenzen von Bund und Ländern, und nicht zuletzt eine rechts-populistische Wende, die seit den Nationalratswahlen 1999 zur politischen Polarisierung der Parteieneliten und Schwächung des sozialpartnerschaftlichen Korporatismus führte. Die Privatisierung des öffentlichen Sektors und die Kürzung der Staatsausgaben verminderten auch in Österreich die staatliche Kulturfinanzierung. Um sich in Reaktion auf dieses veränderte städtische Umfeld neu zu positionieren, bedienen sich die PolitikerInnen beider Städte kulturpolitischer Strategien, die die weltbekannten Bilder der Städte mit neuen zukunftsorientierten Leitbildern verbinden sollen.

Um hier also die kulturellen Aspekte dieser institutionellen Wandlungsprozesse am Beispiel der beiden Großprojekte zu identifizieren, wurden die kulturpolitischen Strategien verschiedener AkteurInnen anhand ihrer vor allem in Printmedien wiedergegebenen öffentlichen Stellungnahmen operationalisiert. Zum Zweck der analytischen Rekonstruktion des wegen seiner Kontextualität an sich unlimitierten Diskurses musste die Komplexität der kulturpolitischen Bedeutungen beider Städte reduziert und in vergleichbare Elemente dekonstruiert werden. Aufgrund von Parallelen mit der theoretischen Literatur wurden die öffentlichen Kontroversen um einige wichtige Themen strukturiert, die jeweils ausschlaggebend waren für relevante Wendungen der politischen Entscheidungsprozesse hin zu den unterschiedlichen Ergebnissen der beiden Projekte. Anhand der mit den jeweiligen Themen verbundenen Argumentationsstrategien wurden die kollektiven Interaktionsprozesse durch verschiedene, miteinander verbundene Narrative rekonstruiert. Der daraus hervorgehende Wandel der kulturellen Bedeutungen und der entsprechenden Akteurskoalitionen wurde anschließend in Bezug auf etwaige strukturelle Veränderungen der Interessenskonstellationen im institutionellen Kontext der Projekte analysiert. Je nachdem ob die letztlich dominanten kulturpolitischen Leitbilder auf breitem politischen Konsens, auf pluralistischen Interessenskoalitionen oder elitären Machtinteressen beruhten, ergaben sich unterschiedliche, integrative oder fragmentative Innen- und Außenwirkungen auf die Legitimität der Institutionen. Im Vergleich zeigten diese verschiedenen lokalen Prozesse hauptstädtischer Kulturpolitik die Komplexität, Diversität und Kontextualität der mit institutionellem Wandel verbundenen Interaktionsprozesse. Dementsprechend brachte die empirische Arbeit teilweise sehr metaphernreiche Narrative hauptstädtischer Kulturpolitik, deren inhaltliche Details und analytische Methoden an anderer Stelle nachgele-

sen (De Frantz 2004a), jedoch im Folgenden nur grob präsentiert werden können.

4. Hauptstadtkultur als Innovationskraft: Politische Mobilisierung und Pluralisierung

Beiden Großprojekten gemeinsam waren sehr ähnliche kulturpolitische Strategien der Neudefinition zentraler Orte zum Zweck institutionellen Wandels, und beide trafen bei der Umsetzung auf ähnliche Probleme. Die politische Manipulation kultureller Bedeutungen berührte tiefgreifende Identitäten und brachte gesellschaftliche Gegensätze als symbolische Konflikte an die Öffentlichkeit. Jenseits der Instrumentalisierung durch politisch-ökonomische Interessen, der Mobilisierung von WählerInnen und des Standortmarketings erwies sich Kultur also als Ressource kollektiven Handelns. Doch aufgrund der Vielfalt kultureller Symbolik waren diese Mobilisierungsprozesse schwer steuerbar und bewirkten nicht den gewollten Effekt einer kontrollierten Neudefinition des städtischen Leitbilds. Stattdessen machte die Pluralisierung der Öffentlichkeit das ansonsten eher bürokratisch administrierte Feld städtischer Kulturpolitik zu einer zentralen Arena politischer Auseinandersetzungen über Institutionenwandel und Globalisierung.

Die diskursive Dynamik fokussierte im Großen und Ganzen auf acht kulturpolitische Themen und Entscheidungen: kreative Intervention, Form, Funktion, öffentlicher Raum, soziale Zusammengehörigkeit, politisch-ökonomische Strukturen, institutionelle Entscheidungsprozesse (‚governance') sowie die räumlichen Bedeutungsebenen der Hauptstädte. Das Thema der kreativen Intervention wurde in Bezug auf die politische Entscheidung über die grundsätzliche Neudefinition des städtischen Leitbilds durch symbolische Architektur verhandelt und umfasste Argumente zur unkontrollierten Stadtentwicklung, zentralisierten Planung und sozialen Nachhaltigkeit. Das Thema des kulturellen Erbes begründete die Entscheidung, ob und welche baulichen Denkmale angesichts des gegenwärtigen Innovationsdrucks und der notwendigen Stadterneuerung für das kollektive Gedächtnis erhaltenswert waren. Die urbane Form wurde in Bezug auf die Vor- und Nachteile eines zentralen und peripheren Kulturstandorts für die räumliche Kohäsion der Stadt diskutiert. Die kulturelle Funktion war Thema der Entscheidung über die Ästhetik des architektonischen Designs, bezüglich der Vorzüge von Funktionalität oder Symbolik, Authentizität und Simulation für einen städtischen Kulturbau. Das Thema öffentlicher Raum war mit der politischen Entscheidung über den allgemeinen Zugang zum Kulturbezirk verbunden und wurde vor allem in Bezug auf die städtebauliche Gestaltung eines Platzes des lebendigen kulturellen Austauschs diskutiert. Soziale Kohäsion war Thema der Diskussion über das Nutzungskonzept, nämlich die gesellschaftlichen Zielsetzungen und Publikumskreise, die durch kritische experimentelle Kunst, elitäre Hochkultur, oder breite Unterhaltungs- und Populärkultur erreicht werden sollten. Das Thema der politisch-ökonomischen Strukturen motivierte die Organisation der EigentümerInnen- und Managementstrukturen bezüglich des öffentlichen Interesses an Hauptstadtkultur und marktwirtschaftliche Trends hin zu Kultursponsoring, -marketing und Public-Private-Partnership. Das Governance-Thema wurde hinsichtlich der machtpolitischen Balance der politischen Entscheidungsprozesse diskutiert, vor allem in Bezug auf Forderungen nach mehr horizontalen Partizipationsmöglichkeiten und auf Vorteile eher hierarchisch aufgebauter Institutionen repräsentativer Demokratie. Auf der Suche nach einer eindeutigen politischen Antwort auf die Veränderungen des Umfelds innerhalb und außerhalb der jeweiligen staatlichen Institutionen zog sich die Frage nach den räumlichen Identifikationsrahmen der hauptstädtischen Kultursymbole als horizontales Thema quer durch die genannten Diskurse.

Obwohl jeder der Diskurse von antagonistischen Argumenten beherrscht war, bildeten sich daraus keine kohärenten kulturellen Positionen oder gar fixe politische Koalitionen. Die verschiedenen kulturellen Topoi wurden von verschiedenen AkteurInnen je nach Interessenlagen uminterpretiert und zu verschiedenen Argumen-

tationen kombiniert. Doch entstanden in bezug auf einzelne Themen vorübergehend bestimmte Rumpfkoalitionen, getragen von einigen zentralen RepräsentantInnen und unterstützt von wechselnden AkteurInnen. Diese ergaben in beiden Fallstudien relativ ähnliche diskursive Strukturen mit vier dominanten Koalitionen rund um die Themen der Rekonstruktion von Hauptstadtkultur, des historischen Stadtbildes, der soziokulturellen Vielfalt und schließlich der städtischen Standortpolitik.

Mit dem Ziel der symbolischen Darstellung der Staatsmacht stützte sich die ‚Hauptstadtkoalition' jeweils auf wechselnde VertreterInnen der Bundesregierungen. Trotz des im Vergleich zu den deutschen Kollegen weit größeren persönlichen Einsatzes eines österreichischen Bundesministers konnten die bundespolitischen Interessen letztlich in beiden Städten gegen die lokalpolitischen Herausforderungen durchgesetzt werden. In der ‚Stadtbildkoalition' verbanden sich engagierte BürgerInnen und ExpertInnen mit Teilen rechts-konservativer Parteien, der in Berlin bis 2000 regierenden CDU und in Wien der Oppositionspartei FP und der zeitweise regierenden christlich-konservativen Volkspartei (ÖVP). Mit der Unterstützung privatwirtschaftlicher Interessen in Berlin und einer einflussreichen Zeitung in Wien setzten beide ihre Vorstellungen von Berlins historischer Rekonstruktion bzw. von Wiens Denkmalschutz durch. Die Forderungen nach ‚kultureller Vielfalt' artikulierten unterschiedliche Kulturinitiativen und links-liberale Parteien wie die Grünen sowie die Wiener SPÖ bzw. die postkommunistische Berliner PDS. Allerdings bezog sich die Forderung nach kultureller Anerkennung im Kontext der Wiener Hochkultur vor allem auf die experimentelle Gegenwartskunst der lokalen Kunstszene. Im Gegensatz dazu fokussierten die gegenkulturellen Initiativen im ansonsten innovationsorientierten Berliner Kontext lange auf das kulturelle Erbe der DDR, was sich erst im Rahmen der Zwischennutzung des Palasts ab etwa 2002 mit populär-experimentellem Kunstaktionismus der jungen Berliner Szene mischte. Die symbolische Anerkennung dieser Gegenkulturen als repräsentative Teile der Hauptstadtkultur brachte den Initiativen letztlich nur wenig materielle Vorteile und eine sehr marginale Einbindung in die Kulturprojekte selbst. In den Auseinandersetzungen mit Bund, privaten Lobbies und Zivilgesellschaft nahmen beide Stadtregierungen schwankende Positionen ein und konnten daher ihre standortpolitischen Interessen wenig durchsetzen.

Die wechselnden Allianzen entwickelten sich kreuz und quer durch das bestehende Parteienspektrum, ohne sich auf ein gemeinsames kulturpolitisches Leitbild zu einigen oder gar eine längerfristig stabile Handlungsbasis zu schaffen. In beiden Fällen scheiterten Bestrebungen zur Umsetzung eines Public-Private-Partnership aufgrund der Unvereinbarkeit des öffentlichen Interesses an der Hauptstadtkultur mit privatwirtschaftlicher Profitmaximierung. Eher entwickelten sich kulturelle Allianzen zwischen VertreterInnen von Politik und Zivilgesellschaft wie NGOs, ExpertInnen und KünstlerInnen, betroffenen BürgerInnen sowie Medien. Im neuen Politikfeld städtischer Kulturpolitik brachte dies für die PolitikerInnen erhöhte Legitimität und langfristig Mobilisierung von WählerInnen und für die privaten AkteurInnen einen Gewinn an politischer Partizipationsmacht und an professionellem Renommee. Obwohl sich keine der Koalitionen langfristig etablieren konnte, veränderten sich im Laufe der diskursiven Interaktion sowohl die kulturpolitischen Vorstellungen als auch die Machtpositionen einzelner AkteurInnen. Die Wende der hauptstädtischen Kulturpolitik zum internationalen Trend der symbolischen Standortpolitik bewirkte in beiden Städten Veränderungen der politischen Spektren und Forderungen neuer AkteurInnen nach verstärkter politischer Partizipation. Trotz Experimenten mit alternativen Entscheidungsstrukturen wurde kein Partizipationsmechanismus langfristig etabliert und die sonst eher administrativ tätigen StadtpolitikerInnen scheuten auch vor der aktiven Mediation der entstehenden diskursiven Stadtöffentlichkeit zurück. In Hinblick auf die Steigerung von politischem Einfluss und Verkaufszahlen trugen vor allem die Medien aktiv zur Polarisierung der politischen Debatten bei. Mangels eines institutionalisierten Forums öffentlicher Stadtpolitik profitierten sie

von der Eskalation der politischen Auseinandersetzungen, die sich quer durch die politischen Parteien zogen. Die rund um die neuen Arenen der Hauptstadtkultur entstehenden Interessenskonflikte beeinträchtigten die intergouvernementale Kooperation mit den Bundesregierungen, sodass die Stadtregierungen vorübergehend autonome standortpolitische Interessen verfolgten.

Die ähnlichen diskursiven Strukturen, thematischen Schwerpunkte und kulturpolitischen Allianzen in beiden politischen Debatten zur Hauptstadtkultur könnten Hinweise auf gewisse generalisierbare Auswirkungen der Globalisierung auf städtische Standortpolitik sein. Doch zeigten die vielfältigen Interpretationen von Hauptstadtkultur und die wechselnden kulturpolitischen Allianzen, dass Kultur nicht nur der ideologische Legitimationsrahmen politisch-ökonomischer Interessenskonstellationen sein kann. Die diskursiven Dynamiken entstanden aus der Interaktion verschiedener kultureller Identitäten mit Ideen, die ursprünglich aus globalen ExpertInnendiskursen wie Stadtforschung und Architektur stammten und im politischen Kontext unterschiedlich interpretiert und angewendet wurden. Hauptstadtkultur wurde so zum zentralen Feld politischer Auseinandersetzungen über den Wandel staatlicher Institutionen im Kontext von Globalisierung und europäischer Integration. Aber aufgrund der schwachen Führungsrolle der Stadtregierungen konnte das plurale Spektrum hauptstädtischer Kulturpolitik nicht in eine Stärkung städtischer Autonomie umgesetzt werden. Trotz aufkeimender Interessenkonflikte endeten beide öffentlichen Kontroversen im Rückzug auf administrative Strukturen der föderalen Kooperation zwischen Bund und Hauptstadt.

5. Hauptstadtkultur als Handlungsstruktur: Lokale Institutionen der Kulturpolitik

Obwohl beide Kulturprojekte ähnliche politische Reaktionen auf die standortpolitischen Herausforderungen des staatlichen Wandels darstellen, unterscheidet sie ihr gegensätzlicher politischer Erfolg: das Wiener Museumsquartier wurde 2001 eröffnet, und der Palast der Republik wird derzeit (2006) ohne Nachfolgekonzept abgerissen. Trotz des offensichtlichen Zusammenhangs mit strukturellen Faktoren wie der lang etablierten Stadtverwaltung in Wien und den neuen Hauptstadtfunktionen Berlins waren beide Handlungsprozesse sowohl von beschränkenden als auch von ermöglichenden Einflüssen ihrer institutionellen Umfelder geprägt. Der folgende Vergleich zeigt, wie die unterschiedlichen Hauptstadtinstitutionen die pluralen Spektren städtischer Kulturpolitik hin zu den jeweils spezifischen Projektergebnissen kanalisierten.

Die erfolgreiche Realisierung des Museumsquartiers muss im institutionellen Zusammenhang von Wiens konsortial-korporatistischer Tradition, der konsensualen Orientierung der städtischen Eliten rund um die Stadtregierung, und der wohl etablierten, föderalen Kooperation mit der Bundesregierung gesehen werden. Die lange unter der Oberfläche dieses institutionellen Konsenses und seiner hochkulturellen Hauptstadtrepräsentation schwelenden sozio-kulturellen Konflikte wurden durch die symbolische Intervention in die städtische Identität zum Thema öffentlicher Auseinandersetzungen. Unterschiedliche Gruppierungen und InteressensträgerInnen nutzten die neu entstandene Stadtöffentlichkeit, um ihre Unzufriedenheit mit dem institutionellen Status quo und Forderungen nach kultureller Anerkennung und politischer Partizipation zum Ausdruck zu bringen. Im Verlauf der öffentlichen Debatte eskalierten die projektspezifischen Interessensgegensätze zu symbolischen Konflikten über tiefgreifende Identifikationen mit nationalen Symbolen des habsburgischen, nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Kulturerbes, sowie emotionalisierte Globalisierungsängste und überzogene Erwartungen eines mit der Grenzöffnung verbundenen Strukturwandels. Da auch die StadtpolitikerInnen in diese identitätspolitischen Auseinandersetzungen hineingezogen wurden, konnten sie ihre althergebrachte Funktion der administrativen Implementierung nicht erfüllen und schreckten auch vor einer neuen Rolle als öffentliche MediatorInnen zurück. Die Wiener

Institutionen reagierten also auf das plurale Spektrum einer entstehenden politischen Stadtöffentlichkeit zuerst zögerlich und dann mit wechselnden politischen Positionen. Populismus, gepaart mit den alten Instrumentarien repräsentativer Konsenssuche, ergab verschiedene punktuelle Zugeständnisse an unterschiedliche kulturelle Interessen und politische AkteurInnen. Mit dem Ziel der symbolisch-repräsentativen Integration in einen breiten institutionellen Konsens ergab sich daraus zwar eine pragmatische, umsetzungsorientierte Strategie, jedoch der herzeigbare Erfolg des neuen Kulturbaus beruhte letztendlich auf einem sehr inkohärenten kulturpolitischen Leitbild, das vor allem auf externe standortpolitische Effekte ausgerichtet war. Der vorschnelle Abbruch der öffentlichen Diskussion verhinderte die anfangs anvisierte interne Neuorientierung der Hauptstadtkultur, so dass der institutionelle Kompromiss auch weiterhin Stoff für Querelen über Stadtbild und Hochkultur in Wiens Kulturszene brachte.

Im Gegensatz dazu scheiterte der im Kontext des geteilten Berlin entstandene Wunsch nach einem Integrationssymbol in der Praxis an der Strukturschwäche der öffentlichen Finanzen, der politischen Institutionen und einer ideologisch fragmentierten Stadtkultur. Aufgrund der wenig konsolidierten institutionellen Machtstrukturen der Hauptstadtpolitik begegneten Berlins StadtpolitikerInnen den neuen Herausforderungen der Wiedervereinigung und Internationalisierung mit einem eher partnerschaftlichen, partizipatorischen Politikstil. Eher als in Wien entsprach also Berlins Stadtpolitik dem internationalen ExpertInnendiskurs über ‚urban governance'. Doch wie auch für die Planung des Potsdamerplatzes der frühen 1990er Jahre festgestellt (Strom 1996), waren diese Partizipationsforen nur der symbolische Teil einer Doppelstruktur, die sich stark auf ererbte Westberliner Seilschaften stützte, welche an Intransparenz und Personalverflechtung dem Wiener Klientelismus sehr ähnelten. Die geringe politische Akzeptanz der extra geladenen Internationalen Expertenkommission illustrierte die Defizite dieser Doppelstrukturen und der hauptstädtischen Kooperationsstrukturen zwischen Bund und Land. Allerdings ermöglichte dieses institutionelle Vakuum auch die Entwicklung einer breiten öffentlichen Diskussion, die aufgrund der pluralistischen Fragmentierung der stadtpolitischen Institutionen von keinem/r der beteiligten AkteurInnen dominiert oder beendet werden konnte. Wie auch in Wien entzündete die symbolische Intervention der Schließung des Palasts der Republik eine Eskalation der kulturellen und ideologischen Gegensätze. Doch im Verlauf der öffentlichen Auseinandersetzungen bildete sich aus Berlins bisher eher fragmentiert nebeneinander bestehenden Identitäten das Bewusstsein eines gemeinsamen Interesses an der zukünftigen Gestaltung des Schlossplatzes. Die Suche nach einem Symbol der Wiedervereinigung, das die Gleichberechtigung von Ost und West repräsentieren sollte, war zumindest in Teilaspekten erfolgreich. Kompromisse bezüglich der originalen historischen Form des zukünftigen Baus sowie des Erhalts von Teilen des Palasts und letztlich auch der Abriss wurden von AkteurInnen mitgetragen, die ursprünglich eine sehr unterschiedliche ideologische Ausgangsbasis vertreten hatten. Der Schlossplatz stellt heute den kollektiven Willen zu einem pluralen Kompromiss und gleichzeitig das ungebaute Symbol eines aufgrund struktureller Schwächen nicht zustande gekommenen Kompromisses dar. Er wurde zum symbolischen Ort interner Identifikationsprozesse, die weit über die lokale Gesellschaft hinaus die Bedeutung der deutschen Einigung, der neuen Hauptstadt und der Berliner Republik im Kontext der europäischen Integration neu verhandelten. Um die gesellschaftlichen Pluralisierungsprozesse zu einer konsistenten, praktikablen Lösung zu führen, bedarf es aber auch politischer Entscheidungsmacht, die wenn möglich auch Präferenzen zwischen den widersprüchlichen Ergebnissen des öffentlichen Diskurses durchsetzen kann. Die Ruinen auf dem Schlossplatz sprechen von diesem Mangel an struktureller Umsetzungskraft und politischer Führung in der wiedervereinigten Berliner Republik.

Die gegensätzlichen Ergebnisse der beiden kulturpolitischen Projekte spiegelten nicht nur strukturelle Unterschiede der realpolitischen

Handlungsfähigkeit wider, sondern auch das je nach lokalem Kontext verschiedene Verständnis hauptstädtischer Kulturpolitik. Während beide Entscheidungsprozesse von politisch-ökonomischen und kulturellen Elementen des institutionellen Kontexts beeinflusst wurden, erfüllt keines der beiden symbolischen Projekte externe und interne Repräsentationsfunktionen in ausgeglichenem Maße. Wiens relativ konsolidierte Institutionen implizierten einen starken strukturellen Druck hin zu einer gemeinsamen Entscheidungsfindung, die pragmatisch auf die materielle Realisierung kultureller Innovation ausgerichtet war. Anstatt struktureller Innovation hin zu einer partizipativen Öffnung der politischen Machtstrukturen, integrierten die institutionell etablierten Eliten unterschiedliche kulturpolitische Forderungen symbolisch innerhalb eines verbreiterten institutionellen Konsenses. Die in sich widersprüchliche Logik dieses Leitbilds wurde zugunsten der externen Repräsentation eines innovativen Stadtimages in Kauf genommen. Das Resultat ist ein Kulturzentrum, das vor allem von TouristInnen sowie von KulturkonsumentInnen der städtischen Mittelklasse genutzt, jedoch von der Wiener Kulturszene wenig positiv aufgenommen wird. Im Gegensatz dazu verhinderten Berlins strukturell fragmentierte Institutionen die politische Entscheidung für eine nach außen repräsentable Innovation des Stadtbilds. Doch eine größere Offenheit für diskursive Auseinandersetzung und gesellschaftliche Partizipation ermöglichte eine interne Veränderung kultureller Identifikationen mit Integrationseffekten weit über die Lokalpolitik hinaus. Trotz des wenig präsentablen materiellen Ergebnisses initiierte der Umbau des Berliner Schlossplatzes kulturelle Innovation durch Mobilisierung symbolischer Identifikationsprozesse mit der neuen Hauptstadt sowie auch dem Experimentieren mit neuen partizipativen und föderalen Entscheidungsprozessen über Hauptstadtkultur. Über politisch-ökonomische Unterschiede hinaus, zeigten die kulturellen Strukturen beider Hauptstadtinstitutionen also sowohl ermöglichende also auch beschränkende Einflussfaktoren auf die politischen Interaktionsprozesse rund um die Hauptstadtkultur.

6. Hauptstadtkultur im Wandel – mit ihr die Politik?

Angesichts der mit dem Begriff Kulturpolitik verbundenen theoretischen Komplexität, waren die beschriebenen Fallstudien einer empirischen Annäherung an unterschiedliche Definitionen des Verhältnisses zwischen kollektiver Identität und Macht gewidmet. Die beiden Projekte standen dabei keineswegs stellvertretend für die spezifische politische Kultur (Putnam 1993) der jeweiligen Hauptstadtinstitutionen. Denn anstatt essentialistischer Zuschreibungen eines örtlichen Kulturcharakters war es das Ziel, die kulturellen Aspekte politischen Wandels nach pfadabhängigen Praktiken und symbolischer Mobilisierung, integrativen und konfliktiven Identifikationsprozessen, handlungsbeschränkenden und -ermöglichenden Machtstrukturen zu dekonstruieren. Die langen öffentlichen Kontroversen um die beiden Kulturprojekte eigneten sich besonders gut, um die symbolische Vermittlungsfunktion von Kultur zwischen Struktur und Handlung als eigene institutionelle Dynamik zu untersuchen. Wien und Berlin dienten der Vergleichsstudie als gegensätzliche institutionelle Kontexte, die aufgrund ihrer Hauptstadtfunktionen einem höchst widersprüchlichen Umfeld kultureller Pluralisierung, staatlichen Wandels und ökonomischer Globalisierung ausgesetzt sind.

Vor diesem höchst inkohärenten Hintergrund hauptstädtischen Strukturwandels verdeutlichten die Kontroversen über das ‚Museumsquartier Wien' und den ‚Palast der Republik' auf dem Berliner Schlossplatz die schwierigen Bemühungen der MeinungsführerInnen um ein gemeinsames Leitbild politischen Handelns. Entsprechend dem internationalen Trend hin zu standortpolitischen Großprojekten (Cattacin 1994) öffneten die politischen EntscheidungsträgerInnen das zuvor eher administrativ organisierte Feld der städtischen Kulturpolitik für symbolische Repräsentationszwecke. Da wirtschaftlicher Globalisierungsdruck und kulturelle Pluralisierung die Autorität des Staates als Deutungsmacht unterminierten, mobilisierte der politische Eingriff in die Hauptstadtsymbolik ein

sehr plurales Spektrum an Identifikationen. Im Verlauf der öffentlichen Kontroversen wurden nicht nur die den Projekten zugrundeliegenden kulturpolitischen Konzepte, sondern auch die institutionelle Legitimitätsbasis von hauptstädtischer Kulturpolitik neu verhandelt. Jenseits rein staatlicher Repräsentationsfunktionen oder ökonomischer Standortdefinition wurde Hauptstadtkultur zur symbolischen Arena öffentlicher Auseinandersetzungen über die Zukunft von Stadt, Hauptstadt und Staat im Rahmen von europäischer Integration und Globalisierung.

Angesichts des pluralen Spektrums an Forderungen nach Anerkennung und Partizipation fielen die Reaktionen der staatlichen EntscheidungsträgerInnen auf diese kollektiven Handlungszyklen relativ inkohärent aus (Tarrow 1998). Anstatt klarer politischer Strategien waren es eher die lokal spezifischen institutionellen Praktiken (Bianchini 1993; Le Galés 2002), welche die diskursiven Öffentlichkeiten jeweils unterschiedlich strukturierten. Beide Fallstudien zeigten sowohl innovationsfördernde als auch -beschränkende institutionelle Einflussfaktoren auf integrative und konfliktive Interaktionsprozesse mit jeweils unterschiedlichen Ergebnissen symbolischer oder materieller, interner oder externer Kulturrepräsentationen. Das letztlich sehr unterschiedliche politische Schicksal der beiden Projekte war daher nicht nur das Ergebnis von Wiens und Berlins ungleichen politisch-ökonomischen Voraussetzungen für deren materielle Realisierung. Denn bereits im Vorfeld der politischen Entscheidungen führten verschiedene institutionelle Praktiken politischer Mobilisierung (Bianchini 1993; Le Galés 2002) zu inhaltlich und strukturell unterschiedlichen Situationen institutioneller Legitimität (Eder 2003).

Anstatt also zum Beispiel wirtschaftlichen Wettbewerbsdruck funktionalistisch in kommerziell homogenisierte Kulturproduktion umzusetzen (Crane 1992; Philo/Kearns 1993), interagierten unterschiedliche kulturpolitische Interpretationen mit den institutionellen Handlungsrahmen in dynamischen, ergebnis-offenen Prozessen (Giddens 1984; Delanty 1999). Als Resultat stehen die beiden Projekte heute als gebaute – oder ungebaute – Symbole machtpolitischer Repräsentationen und der Möglichkeit ihrer Anfechtung und Neuverhandlung (Delanty/Jones 2002). Als Ergebnis historischer Interaktionen ist Kultur also eine identitätsstiftende Basis sozialer und politischer Zugehörigkeit und ist gleichzeitig beeinflusst von bestehenden Machtstrukturen und deren strategischer Manipulation durch unterschiedliche Interessen. Der plurale und fließende Charakter kultureller Identität bewirkt aber auch, dass jedes dauerhaft gebaute Kulturobjekt die materielle Institutionalisierung eines dominanten kulturpolitischen Leitbilds nach sich zieht und damit alternative Sichtweisen, die sich möglicherweise auch erst aus dem Kontext zukünftiger Entwicklungen ergeben, ausschließt. Da jeder politische Kompromiss notwendigerweise Wahlentscheidungen und daher Vor- und Nachteile für unterschiedliche politische AkteurInnen mit sich bringt, stellt sogar ein plural definiertes Kulturprojekt gleichzeitig eine Machtrepräsentation und ein umstrittenes Symbol dar. Dieser plurale Charakter der kulturellen Symbole provozierte politische Interaktionsprozesse und ermöglichte gleichzeitig deren kontextuelle Variationen hin zu unterschiedlichen, mehr oder weniger stabilen Kombinationen kultureller und politisch-ökonomischer, pluralistischer und elitärer Machtstrukturen (Eder 2003). Unbeschadet der strukturellen Fähigkeit zur materiellen Realisierung der Kulturprojekte, barg diese plurale Dynamik der Hauptstadtkultur ein ergebnisoffenes Moment, das auf verschiedene Weise strukturverändernd wirkte. Dieses selbstreflexive Moment kollektiver Interaktion könnte man als kulturellen Faktor institutionellen Wandels begreifen, der politische Wahlentscheidungen und damit gemeinsames Handeln der politischen Öffentlichkeit ermöglichte (Giddens 1984; Delanty 1999).

Aufgrund ihrer zentralen Symbolik bietet die Hauptstadtkultur ein wenig erforschtes Feld für die Analyse der Beziehungen zwischen ‚top-down cultural policy' und ‚bottom-up cultural politics' im pluralen institutionellen Kontext des gegenwärtigen staatlichen Wandels. Entgegen dem strukturell-funktionalistischen Postulat, das sowohl von ‚neo-merkantilistischen' Public-Choice Modellen (Peterson 1981; Porter 2001)

als auch von der post-marxistischen Globalisierungskritik (Castells 1989; Sassen 1991, 1994; Logan/Molotch 1987; Philo/Kearns 1993; Hubbard/Hall 1998) geteilt wird, konnte Hauptstadtkultur nicht auf ein Produkt ökonomischer Globalisierung reduziert werden. Andererseits konnte auch die historisch-institutionelle Gegenhypothese der Pfadabhängigkeit (Bianchini 1993; Le Galés 1999, 2002) auf die gegenwärtige Pluralisierung der Hauptstadtpolitik nicht uneingeschränkt Anwendung finden. Hauptstädtische Kulturpolitik kann also weder auf ihre staatlichen Repräsentationsfunktionen, noch auf extern determinierte Globalisierungsprozesse reduziert werden. Diese vereinheitlichenden Konzeptionen lokaler Kultur berücksichtigen wenig die kulturelle Pluralisierung, die hier als Gegenhypothese zum vorherrschenden wirtschaftlichen Globalisierungsparadigma untersucht wurde. Vor allem im Kontext einer pluralen Öffentlichkeit kann Kultur eine eigene Quelle politischen Handelns werden, deren politische Mobilisierung zu einem gewissen Grad auch jenen zur Verfügung steht, die über wenig andere Machtressourcen verfügen. Die Dualität von Struktur und Handlung entfaltet gerade am flexibel interpretierbaren und gleichzeitig tiefsitzenden Charakter kultureller Symbolik ihre inhärent widersprüchliche und dadurch reflexiv institutionenverändernde Kraft (Giddens 1984; Delanty 1999; Delanty/Jones 2002).

Im Kontext institutionellen Wandels ist Kulturpolitik also nicht nur ein Politikfeld obrigkeitsstaatlicher Machtausübung, sondern im Sinne des angloamerikanischen Begriffs ‚cultural politics' auch ein plurales Interaktionsfeld unterschiedlicher Interessen und Identitäten. Im Zuge dieser kulturpolitischen Pluralisierung wird auch die theoretische Selbstreflexion ein wichtiger Bestandteil der kulturpolitischen Wissensbildung über die Rolle akademischer ExpertInnen als BeobachterInnen und AkteurInnen der Mobilisierung kultureller Denkmodelle (Giddens 1984; Beck 1995; Delanty 1999). Staatlicher Wandel ist nicht unbedingt gleichbedeutend mit struktureller Beschränkung politischer Handlungsfähigkeit durch ökonomisch determinierte Globalisierung. Vielmehr verlangt die gesellschaftliche Verantwortung der Politikwissenschaft ein ergebnisoffenes Forschungsdesign, das es jenseits normativer Ansprüche empirisch ermöglicht, die Möglichkeit neuer Formen politischer Interaktion als Teil des staatlichen Strukturwandels zu untersuchen. Mit dem Thema Kulturpolitik macht die Politikwissenschaft also auch sich selbst und den sozialen Kontext ihrer Kulturproduktion zum Objekt analytischer Reflexion und greift damit bewusst in den Wandel ihres Untersuchungsobjekts ‚Politik' ein. In der Pluralisierung der Hauptstadtsymbolik spiegelt sich nicht nur der Wandel der staatlichen Kulturpolitik, sondern auch die Öffnung des Begriffes Politik an sich und seiner Institutionalisierung im Staat für neue politische Handlungsmöglichkeiten und Räume politischer Öffentlichkeit.

ANMERKUNG

1 Dieser Artikel basiert auf den empirischen Ergebnissen meiner Ph.D. Thesis, die ich am Europäischen Hochschulinstitut Florenz im Oktober 2004 verteidigt habe. Mein tiefer Dank gilt Prof. Michael Keating für seine unschätzbare Betreuung und Zusammenarbeit, sowie den Professoren Patrick LeGalés, Peter Marcuse und Peter Wagner für ihre angeregte Diskussion und hilfreichen Kommentare im Rahmen der Viva. Die Erstellung des vorliegenden Artikels wurde durch Marie-Curie Finanzierungen der EU im Rahmen von Post-doc Aufenthalten an der Bauhaus-Universität Weimar und an der London School of Economics and Political Science ermöglicht.

LITERATURVERZEICHNIS

Bianchini, Franco (1993). Remaking European Cities. The Role of Cultural Policies, in: Franco *Bianchini*/ Michael *Parkinson* (Hg.): Cultural Policy and Urban Regeneration. The West European Experience, Manchester, 1–20.

Beck, Ulrich (1995). Die offene Stadt. Architektur in der reflexiven Moderne, in: Ulrich *Beck*, Die feindlose Demokratie. Ausgewählte Aufsätze, Stuttgart, 121–130.

Castells, Manuel (1983). The City and the Grassroots. A Cross-Cultural Theory of Urban Social Movements, London.

Castells, Manuel (1989). The Informational City, Oxford.

Cattacin, Sandro (1994). Stadtentwicklungspolitik zwischen Demokratie und Komplexität. Zur politischen

Organisation der Stadtentwicklung. Florenz, Wien und Zürich im Vergleich, Frankfurt/New York.

Claval, Paul (2000). The European System of Capital Cities, in: GeoJournal, 51, 73–81.

Crane, Diana (1992). The Production of Culture. Media and the Urban Arts, Newbury Park, CA.

Dahl, Robert (1961). Who Governs? Democracy and Power in an American City, New Haven.

Dahl, Robert (1971). Polyarchy. Participation and Opposition, New Haven.

Davis, Mike (1990). City of Quartz. Excavating the Future of Los Angeles, New York.

De Frantz, Monika (2004a). Capital City Cultures. Reconstructing the State in Its Urban Centers. Doctoral Thesis, European University Institute, Florence.

De Frantz, Monika (2004b). The 'New' Berlin. Multiple Spatial Conceptions of the Capital City in the 'Palast der Republik'/ 'Stadtschloss' Debate, in: Frank *Eckardt*/Dieter *Hassenpflug* (Hg.): The European City in Transition. Urbanism and Globalization, Frankfurt am Main, 261–278.

De Frantz, Monika (2005). From Cultural Regeneration to Discursive Governance. Constructing the Flagship of the 'Museumsquartier Vienna' as a Plural Symbol of Change, in: International Journal for Urban and Regional Research, 29(1), 50–66.

De Frantz, Monika (2006). Localizing Multi-Level Space in Urban Cultural Politics. The Reconstruction of the 'Museumquartier Wien' and the 'Schlossplatz' in Berlin, in: Luigi *Doria*/Valeria *Fedeli*/Carla *Tedesco* (Hg.): Rethinking European Spatial Policy as a Hologram. Actions, Institutions, Discourses, Aldershot, (forthcoming).

Delanty, Gerard (1999). Social Theory in a Changing World. Conceptions of Modernity, Malden, MA.

Delanty, Gerard (2000). The Resurgence of the City in Europe?, in: Engin F. *Isin* (Hg.): Democracy, Citizenship, and the Global City, New York, 79–92.

Delanty, Gerard/Paul *Jones* (2002). European Identity and Architecture, in: European Journal of Social Theory, 5(4), 453–466.

Dijkink, Gertjan (2000). European Capital Cities as Political Frontiers, in: GeoJournal, 51, 65–71.

Eder, Klaus (2003). Identity Mobilization and Democracy. An Ambivalent Relationship, in: Pedro *Ibarra* (Hg.): Social Movements and Democracy, Basingstoke/New York, 61–79.

Giddens, Anthony (1984). The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration, Cambridge.

Gomez, Maria (1998). Reflective Images. The Case of Urban Regeneration in Glasgow and Bilbao, in: International Journal of Urban and Regional Research, 22(1), 106–121.

Graham, Brian (2002). Heritage as Knowledge. Capital or Culture?, in: Urban Studies, 39(5–6), 1003–1017.

Harding, Alan (1996). Is There a 'New Community Power' Debate and Why Should We Need One?, in: International Journal of Urban and Regional Research, 20(4), 637–655.

Harvey, David (1985). The Urbanization of Capital. Studies in the History and Theory of Capitalist Urbanization, Baltimore, Md.

Harvey, David (1992). Social Justice, Postmodernism, and the City, in: International Journal of Urban and Regional Research, 16(4), 588–601.

Hubbard, Phil (1996). Urban Design and City Regeneration. Social Representation of Entrepreneurial Landscapes, in: Urban Studies, 33(8), 1441–1461.

Hubbard, Phil/Tim *Hall* (1998). The Entrepreneurial City and the 'New Urban Politics', in: Tim *Hall*/Phil *Hubbard* (Hg.): The Entrepreneurial City. Geographies of Politics, Regime and Representation, West Sussex, 1–26.

Hunter, Floyd (1953). Community Power Structure. A Study of Decision Makers, Chapel Hill.

Imrie, Rob/Steven *Pinch*/Mark *Boyle* (1996). Identities, Citizenship and Power in the Cities, in: Urban Studies, 33(8), 1255–1261.

Judge, David (1995). Pluralism, in: David *Judge*/Gerry *Stoker*/Harold *Wolman* (Hg.): Theories of Urban Politics, London/Thousand Oaks, CA/New Delhi, 13–34.

Keating, Michael (1988). The City That Refused to Die. Glasgow. The Politics of Urban Regeneration, Aberdeen.

Keating, Michael (1991). Comparative Urban Politics. Power and the City in the United States, Canada, Britain, and France, Aldershot/Hants/Brookfield.

Keating, Michael (1998). The New Regionalism in Western Europe. Territorial Restructuring and Political Change, Cheltenham, UK/Northampton, Mass.

Keating, Michael/Monika *De Frantz* (2004). Culture-Led Strategies for Urban Regeneration. A Comparative Perspective on Bilbao, in: Nerea *Arruti* (Hg.): The Guggenheim Bilbao Museum. Art, Politics and the City, International Journal of Iberian Studies, 16(3), 187–194.

Le Galés, Patrick (1999). Is Political Economy Still Relevant to Study the Culturalization of Cities?, in: European Urban and Regional Studies, 6(4), 293–302.

Le Galés, Patrick (2002). European Cities. Social Conflicts and Governance, Oxford.

Logan, John/Harvey *Molotch* (1987). Urban Fortunes. The Political Economy of Place. Berkeley.

Marks, Gary/Liesbet *Hooghe*/Kermit *Blank* (1996). European Integration From the 1980s. State-Centric vs. Multi-Level Governance, in: Journal of Common Market Studies, 34(3), 341–378.

Melucci, Alberto (1989). Nomads of the Present. Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society, London.

Peters, Guy (1998). With a Little Help From Our Friends. Public-Private Partnerships as Institutions and Instruments, in: Jon *Pierre* (Hg.): Partnership in Urban Governance. European and American Experience, Houndmills/Basingstoke/Hampshire, 11–33.

Peters, Guy (1999). Institutional Theory in Political Science. The 'New Instituionalism', London/New York.

Peterson, Paul (1981). City Limits, Chicago.
Philo, Chris/Gerry *Kearns* (1993). Culture, History, Capital. A Critical Introduction to the Selling of Places, in: Gerry *Kearns*/Chris *Philo* (Hg.): Selling Places. The City as Cultural Capital, Past and Present, Oxford, 1–32.
Porter, Michael (2001). Regions and the New Economics of Competition, in: Allen *Scott* (Hg.): Global City-Regions. Trends, Theory, Policy, Oxford, 139–157.
Putnam, Robert (1993). Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton/New York.
Sassen, Saskia (1991). The Global City. New York/London/Tokyo/Princeton.
Sassen, Saskia (1994). Cities in a World Economy, Thousand Oaks, CA.
Stone, Clarence (1989). Regime Politics. Governing Atlanta, 1946–1988, Lawrence, Kan.
Stone, Clarence (1993). Urban Regimes and the Capacity to Govern. A Political Economy Approach, in: Journal of Urban Affairs, 15(1), 1–28.
Strom, Elizabeth (1996). In Search of the Growth Coalition. American Urban Theories and the Redevelopment of Berlin, in: Urban Affairs Review, 31(4), 455–481.
Tarrow, Sidney (1998). Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics, Cambridge.
Therborn, Goran (2002). Monumental Europe. The National Years. On the Iconography of European Capital Cities, in: Housing, Theory and Society, 19, 26–47.
Van der Wusten, Herman (2000). The Cityscapes of European Capital Cities, in: GeoJournal, 51, 129–133.
Wagenaar, Michiel (2000). Townscapes of Power, in: GeoJournal, 51, 3–13.
Wagner, Peter (1994). A Sociology of Modernity. Liberty and Discipline, London/New York.
Zukin, Sharon (1995). The Cultures of Cities, Oxford.

AUTORIN

Monika DE FRANTZ ist derzeit Postdoctoral Research Fellow an der London School of Economics and Political Science. Nach Abschluss des Doktorats in Sozial- und Politikwissenschaften am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz arbeitete sie dort sowie an der Bauhaus-Universität Weimar an EU-Projekten zur europäischen Stadt- und Regionalpolitik. Neben Gastaufenthalten an der Universität Aix-Marseille und an der Humboldt-Universität Berlin studierte sie Internationale Beziehungen und Europäische Integration an der Universität Amsterdam und Politikwissenschaften an der Universität Wien.

Kontakt: London School of Economics and Political Science (UK); European University Institute, San Domenico di Fiesole, Florenz (I)
E-mail: monika.defrantz@iue.it